

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

30 Jahre nach der Deutschen Einheit: aus der Geschichte lernen und die Opfer der DDR-Diktatur ernst nehmen! Berlin muss den Slogan „Vom Ich zum Wir“ aus seiner neuen Marketingkampagne streichen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Verwendung des Slogans „Vom Ich zum Wir“ aus der neuen Werbekampagne Berlins zu streichen. Eine mögliche finanzielle Rückforderung gegenüber der beratenden Werbeagentur ist rechtlich zu prüfen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten.

Begründung

Nachdem der Regierende Bürgermeister in der Fragestunde des Abgeordnetenhauses am 17. September 2020 eingeräumt hat, dass dem Senat bis zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt war, dass die Kampfparole „Vom Ich zum Wir“ von der SED-Führung zur Durchsetzung der Zwangskollektivierung in der DDR-Landwirtschaft benutzt worden war, stellt sich die Frage, ob der Slogan „Vom Ich zum Wir“ unbeschadet seiner historischen Vorbelastung weiter als Werbebotschaft Berlins geeignet ist.

Der stellvertretende Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im Land Berlin, der Zeit-historiker Dr. Jens Schöne, bezeichnete die Werbekampagne angesichts der geschichtlichen

Ereignisse als „im hohen Maße irritierend“¹ und appellierte an den Senat, die Formel „*Vom Ich zum Wir*“ nicht mehr zu verwenden. Dies gelte umso mehr, als die Folgen der Zwangskollektivierung bis heute nachwirkten, so Schöne. Wörtlich sagte der Historiker, der selbst zur Landwirtschaft in der DDR promoviert hatte: „Noch immer leben Opfer der Kollektivierung. Ihnen muss es wie Hohn erscheinen, dass diese Parole nun wieder Politik wird. Das geht gar nicht.“² Die Zwangskollektivierung beschreibt Schöne als konzertierte Aktion der DDR-Staatsführung mit dem Ziel, das Privatbauerntum vollständig zu beseitigen.³ Alle selbstständig wirtschaftenden Bauern mussten die Kontrolle über ihre Betriebe abgeben und diese in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) überführen. Zu diesem Zweck wurden Einschüchterung, Zwang, Drohungen, Repressionen, Verhaftungen und eben auch die Mittel der Propaganda in einem bis dato im ländlichen Raum ungekannten Maße eingesetzt. Jeder, der sich verweigerte, wurde namentlich angeprangert. Die zentrale Propagandaparole der Zwangskollektivierung, die auf unzähligen Plakaten, Transparenten und Gedenksteinen Verbreitung fand, lautete: „*Vom Ich zum Wir*.“ Ziel war es, den Einrichtungen der Partei- und Staatsorgane den alleinigen Zugriff auf den ländlichen Raum zu sichern. Das Ergebnis war eine bis heute nachwirkende Zäsur für die Landwirtschaft in Mitteldeutschland: hunderttausende Bauern wurden enteignet, unzählige verhaftet, viele flohen in die Bundesrepublik. Die landwirtschaftliche Produktion brach dramatisch ein. Auch die Suizidrate stieg unter der bäuerlichen Bevölkerung signifikant an. Bis heute sind die Folgen der Enteignung in Ostdeutschland spürbar.

Vor dem Hintergrund dieser geschichtlichen Tatsachen erscheint die Erklärung des Senats wenig überzeugend, der Slogan „*Vom Ich zum Wir*“ beschreibe lediglich die Ziele der aktuellen Marketingkampagne und weise deshalb keine Parallelen zur Kollektivierung in der DDR auf. Eine solche Einschätzung ist bestenfalls historisch naiv, schlimmstenfalls spielt sie gezielt mit kollektivistischen Ressentiments, um eine bestimmte Klientel zu bedienen. Beides ist vor dem Hintergrund des unermesslichen Leids, das die sozialistische Diktatur in Deutschland über unzählige Menschen gebracht hat, schwer erträglich. Jeder Versuch, die Parole „*Vom Ich zum Wir*“ in Kenntnis ihrer historischen Kontaminierung für die neue Werbekampagne Berlins zu recyceln, ist geschichtspolitisch unverantwortlich und gegenüber den Opfern der Zwangskollektivierung geradezu zynisch. Schon der Verdacht, Berlin nehme die Opfer der DDR-Diktatur nicht ernst oder wolle deren Leiden bagatellisieren, ist dazu geeignet, dem Ruf Berlins Schaden zuzufügen und so den Zielen der Werbekampagne diametral entgegenzuwirken.

Deshalb kann es nur eine vernünftige Lösung geben: der historisch kontaminierte Werbeslogan „*Vom Ich zum Wir*“ darf nicht weiter für die neue Werbekampagne Berlins verwendet werden. Das ist das Land Berlin den Opfern der DDR-Zwangskollektivierung schuldig.

Berlin, den 22. September 2020

Pazderski Hansel Trefzer Dr. Neuendorf Dr. Berg
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

¹ Jens Schöne, zit. nach: Sabine Beikler / Felix Hackenbruch: „Vom Ich zum Wir“. Wo Berlins neue Werbekampagne an DDR-Propaganda erinnert, online unter: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/vom-ich-zum-wir-wo-berlins-neue-werbekampagne-an-ddr-propaganda-erinnert/26197168.html>, 18.09.2020, abgerufen am 21.09.2020.

² Jens Schöne im Interview mit Sven Felix Kellerhoff: Berliner Senat verwendet alten SED-Slogan, online unter: <https://www.welt.de/geschichte/article216080232/Vom-Ich-zum-Wir-Berliner-Senat-verwendet-alten-SED-Slogan.html>, 20.09.2020, abgerufen am 21.09.2020.

³ Siehe u.a.: Jens Schöne, Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft, Berlin 2005, sowie: Jens Schöne, Das sozialistische Dorf, Bodenreform und Kollektivierung in der Sowjetzone und DDR, Leipzig 2008.